

Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Christine Aschenberg-Dugnus, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

27. Oktober 2021

Gemeinsames Schreiben Unabhängige Patientenberatung im Koalitionsvertrag

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

der Gesetzgeber hat im Sommer dieses Jahres einen ersten Schritt zur Neuausrichtung und Verstetigung der Unabhängigen Patientenberatung (UPD) unternommen. Er hat damit vor allem auf die massive Kritik des Bundesrechnungshofes (BRH) vom Juni vergangenen Jahres reagiert, der eine periodisch neue Ausschreibung für die UPD als Ressourcenvergeudung eingestuft hatte. Die bisher vorgesehene regelmäßige Ausschreibung wurde gestoppt, die aktuelle Förderphase bis Ende 2023 verlängert und damit ein wenig Zeit für den Neustart einer neuen, zukunftsfesten und patientenorientierten UPD gewonnen.

Nach der umfassenden Kritik der vergangenen Jahre wird die UPD nur dann auf Vertrauen und Akzeptanz in der Bevölkerung treffen, wenn ihre Arbeit künftig frei ist von kommerziellen Interessen und sonstigen Abhängigkeiten und Einflussnahmen. Die neue Organisationsform und deren Finanzierung müssen eine unabhängige und kontinuierliche Beratung in hoher Qualität ermöglichen. Die UPD hat eine lange zivilgesellschaftliche Tradition, sie wurde von Patienten- und Verbraucherorganisationen ins Leben gerufen und erfolgreich weiterentwickelt. Daran ist wieder anzuknüpfen, zumal nur die maßgeblichen Organisationen nach § 140f SGB V den direkten Transfer und die Weiterbearbeitung der in der Patientenberatung identifizierten Probleme der Gesundheitsversorgung in die Politik (Gemeinsamer Bundesausschuss) garantieren.

Der Aufbau einer effizienten neuen Organisations- und Beratungsstruktur für die UPD benötigt Zeit und daher zügige politische Entscheidungen zu Beginn der neuen Legislaturperiode. Der Koalitionsvertrag sollte diesen Entscheidungen den Weg ebnen. Dazu schlagen wir die folgende Formulierung vor:

Patientinnen und Patienten brauchen unabhängige, qualitativ hochwertige und verlässliche Informationen und Beratung zu Themen, die ihre Gesundheit und das Gesundheitswesen betreffen – niedrighschwellig und barrierefrei zugänglich. Deshalb werden wir die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) mit einer von den maßgeblichen Patienten- und Verbraucherorganisationen getragenen Stiftung bürgerlichen Rechts neu aufstellen und institutionell verstetigen. Die UPD wird künftig aus Steuermitteln finanziert.

Für den weiteren politischen Prozess bieten wir Ihnen unsere Unterstützung an und stehen Ihnen für Gespräche gerne zur Verfügung. Wenden Sie sich zur Terminvereinbarung bitte stellvertretend an den Verbraucherzentrale Bundesverband (Sabine Schubert, Assistenz des Vorstands; sabine.schubert@vzbv.de oder 030-25800-511).

Mit freundlichen Grüßen

Verena Bentele
Präsidentin Sozialverband VdK



Horst Frehe



Vorstandsmitglied Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V.

Adolf Bauer
Präsident SoVD



Gregor Bornes
Sprecher



Dr. Martin Danner
Geschäftsführer BAG Selbsthilfe e.V.



Karin Stötzner
Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V.



Klaus Müller
Vorstand Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.

